

**I**n den kommenden Monaten stehen viele Gemeinden und Städte vor wesentlichen Entscheidungen zur Energieversorgung. Viele Konzessionsverträge zwischen Kommunen und Stromanbietern laufen 2012 aus. Nun müssen die Gemeinde- und Stadträte entscheiden, ob die Verträge mit den bisherigen Partnern fortgesetzt werden oder ob sie die Leistung ausschreiben. Laut Gesetz müsste das zwei Jahre vorher erfolgen.

Die Versorgung mit Energie gehört zur Daseinsvorsorge der Kommunen. Zur Zeit gibt es in Thüringen 28 Stadtwerke, meist

### In eigener Sache

mit privater Beteiligung und es sind vier Regionalversorger auf dem Markt. Nach der Deregulierung des Strom- und Gasmarktes werden die Konzessionsverträge zu „Wegenutzungsverträgen“. Damit räumt die Kommune dem Betreiber des Netzes die Nutzung öffentlicher Verkehrswege zur Versorgung mit Strom ein. Für die Durchleitung des Stroms vom Erzeuger oder Lieferanten werden Gebühren erhoben, die in der Regel die Verbraucher bezahlen.

Die Vorteile der demokratischen Einflussnahme und Kontrolle bei der Versorgung mit Elektroenergie und deren Preisgestaltung liegen auf der Hand. Ob sich die Kommunen für ein eigenes Netz entscheiden, hängt vom politischen Willen und den finanziellen Möglichkeiten der Städte und Gemeinden ab.

Das Thema gehört in die öffentliche Diskussion. Den Einstieg dazu machte am 23. März die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Dazu trafen sich Kommunalpolitiker, Unternehmer und Mitarbeiter lokaler AGENDA 21-Büros mit Landespolitikern, Vertretern des Städte- und Gemeindebunds und des Bürgerbegehrens Klimaschutz sowie Wissenschaftlern. Thüringen braucht einen Masterplan Energie und vor allem den Dialog aller Verantwortlichen im Land.

Ihre Heidrun Sedlacik

# Schluss mit den Rechentricks

Die Landesregierung beabsichtigt die Schlüsselzuweisungen an die Kommunen in diesem Jahr um rund 90 Millionen Euro weiter zu kürzen. Angeblich hätten sich durch Rechenfehler zunächst höhere Landeszuweisungen ergeben, die nun korrigiert werden müssten. Nimmt man alle bisherigen Kürzungen und die neuerlichen Ankündigungen zusammen, so nähert sich der Fehlbetrag bei den Thüringer Kommunen drastisch der Milliardengrenze. Unabhängig davon, ob sich die Landesregierung hier tatsächlich verrechnet hat, bleibt die faktische Feststellung, dass die Ge-

Landrätin des Landkreises Greiz sowie an den Gemeinde- und Städtebund Thüringen. Darin heißt es: „Weitere finanzielle Einschnitte in den Kommunen gehen an ihre Substanz und sind im 20. Jahr der Wiedererlangung der kommunalen Selbstverwaltung in Thüringen ein Schlag ins Gesicht.“ Die Stadt ruft die kommunalen Spitzenverbände sowie die Bürgermeister und Landräte dazu auf, ihre Stimme klar und deutlich dagegen zu erheben. In dem offenen Brief heißt es weiter: „Wer in dieser Situation weiter schweigt, riskiert einen nicht wieder gut zu machenden

wirklichen mit einer entsprechenden Finanzausstattung. Dies sei mit dem Haushaltsentwurf des Landes nicht gewährleistet.

In mehreren Thüringer Kommunen finden derzeit im Rahmen der Kampagne der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag Veranstaltungen statt, die das KOPOFOR Thüringen e.V. unterstützt, um auf die prekäre Situation aufmerksam zu machen. Die Forderung an die Landesregierung betrifft auch die Umsetzung des Urteils des Verfassungsgerichtes. Als erste Maßnahmen dürfen keine weiteren Kürzungen bei den Kommunalfi-



meinden, Städte und Landkreise jetzt das schwierigste Jahr nach der Wiedervereinigung zu verkraften haben. Das Land muss endlich aufhören, seine Finanzen auf Kosten der Kommunen zu bereinigen.

Der Stadtrat von Hohenleuben fordert mit einem einstimmig gefassten Beschluss die Landtagsabgeordneten auf, den Kürzungen nicht zuzustimmen und schickt einen offenen Brief an den Thüringer Innenminister, die Fraktionen im Thüringer Landtag, die

Schaden für Bürger und Kommunen.“ Die Stadt fürchtet, dass zusätzliche Kosten für die Änderungen des KITA-Gesetzes letztlich auch noch den Kommunen über Entnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich aufgebürdet werden. Die kommunale Finanzausstattung sei keine Verfügungsmasse, sondern ein verfassungsmäßig garantierter Rechtsanspruch, so die Stadt. Kommunale Selbstverwaltung und eine familienfreundliche Politik seien nur zu ver-

nanzien zugelassen werden. Schluss mit den Rechentricks bei der Berechnung des Finanzbedarfs und dem Druck auf die Kommunen zur Erhöhung von kommunalen Abgaben, Steuern und Beiträgen! Die Linksfraktion fordert die Landesregierung auf, künftig allen Gesetzen, die zu geringeren Steuereinnahmen der Kommunen führen, ihre Zustimmung im Bundesrat zu verweigern.

Heidrun Sedlacik  
Foto: Archiv KOPOFOR

### In dieser Ausgabe:

#### Seite 2:

Das KOPOFOR live zu Gast bei der MDR-Sendung „Fakt ist ...!“

#### Seite 3:

Aufgaben der Kommunen auf dem Weg zur Gemeinschaftsschule

#### Seite 4:

Ehrenmedaille für den verdienten Kommunalpolitiker Herbert Kamp